

# NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

Oktober 2007

www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser,

„Bundeswehr: Raus aus Afghanistan“ – so forderten mehrere Tausend DemonstrantInnen am 15.9.07 in Berlin. Das Kabinett beschloss hingegen am 19.9. eine Aufstockung des Afghanistan-Einsatzes um 500 auf 3.500 Soldaten. Es ist zu erwarten, dass der Bundestag Anfang Oktober einer Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes zustimmen wird.

Nichtsdestotrotz ist es wichtig, sich mit Hintergründen der Afghanistan-Problematik zu befassen, denn nach der jetzt anstehenden Einsatzverlängerung wird die nächste kommen ... und dann wird der nächste neue Einsatz kommen ... und vermutlich werden diese Einsätze in schöner Regelmäßigkeit mit der Durchsetzung von Menschen-/ Frauenrechten, Wiederaufbau und Demokratie begründet werden. An Afghanistan kann man also viel über neo-koloniale Politik und ihre Rechtfertigungsmuster lernen.

*Patricia Ferrel*

## Der Kampf um die Zukunft Afghanistans

Hintergründe der aktuellen Debatte reflektierte der Politikwissenschaftler Dr. Matin Baraki in einem Vortrag beim Sozialforum Koblenz am 11.9.07, den er hier für das Netz-Telegramm zusammengefasst hat.

Die Zerstörung der staatlichen Strukturen Afghanistans nahm schon 1979 ihren Anfang. Der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates schrieb in seinen Memoiren, daß die US-Geheimdienste mit der Unterstützung der afghanischen Islamisten bereits sechs Monate vor der sowjetischen Intervention Ende 1979 begonnen haben. Auch der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, bestätigte, daß dieser am 3. Juli 1979 die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die islamistische Opposition gegen die Regierung in Kabul unterzeichnet hatte.<sup>1</sup> Danach folgte die sowjetische Intervention und damit wurde der Afghanistan-Konflikt internationalisiert. Weder ist sein Ende absehbar, noch sind die verheerenden Folgen ansatzweise bewältigt. Nach der Vertreibung der Taliban 2001 bestand eine reale Chance, die Staatlichkeit Afghanistans wiederherzustellen.

Noch während des Krieges gegen Afghanistan fand unter formaler UN-Ägide Ende 2001 eine internationale Konferenz statt, auf der die Grundlage für den künftigen Status des Landes gelegt wurde.<sup>2</sup>

### Die Petersberg-Konferenz

Nicht in Afghanistan durch Afghanen, sondern auf dem Petersberg wurden die Weichen gestellt und eine Regierung auf massiven Druck der über zwanzig anwesenden US-Vertreter unter Beteiligung dreier islamistischer und einer monarchistischen Gruppe gebildet. Hamid Karzai, der seit Beginn des afghanischen Bürgerkrieges enge Verbindungen zur CIA unterhalten hatte und sich während der Petersberg Konferenz im Indischen Ozean auf einem US-Kriegsschiff befand, wurde zum Interimsministerpräsidenten ernannt. Da diese Regierung weder Legitimation noch Rückhalt in Afghanistan

### Inhalt

|  |   |
|--|---|
| Der Kampf um die Zukunft Afghanistans                | 1 |
| Wirtschaftspartnerschaft Fujian – Rheinland-Pfalz    | 3 |
| „Wir sind Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit...“ | 4 |
| Eine neue Qualität der Proteste                      | 5 |
| Nachrichten aus der Region                           | 7 |
| Schwarzbuch  |   |
| Anti-G8-Aktionen                                     |   |
| Termine  | 8 |



hatte, wurde sie von einer internationalen Schutztruppe, gebildet von Soldaten aus NATO-Staaten, nach Kabul begleitet und vor Ort weiter gesichert. Wie schon in der Vergangenheit wurde eine militärische „Lösung“ des Konfliktes favorisiert. Afghanistan ist seitdem zu einem regelrechten Übungsplatz von USA und NATO geworden, auf dem die neuesten Waffen und die Einsatzfähigkeit der Soldaten getestet werden.

### Vollendete Tatsachen

Das afghanische Volk war somit vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Auf der Grundlage des Petersberger Fahrplans wurden zwischen 2002 und 2005 mehrere Wahlprozeduren durchgeführt. Im Dezember 2001 wurde Karsai in das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt und dann im Juni 2002 auf einer Loya Djirga (Ratsversammlung) zum Präsidenten gewählt, wobei 24 Stimmen mehr abgegeben wurden als Abgeordnete anwesend waren.<sup>3</sup> An der Tür zum Wahlzelt waren Abgeordnete durch Minister und Gouverneure per Unterschrift verpflichtet worden, für Karsai zu stimmen.<sup>4</sup> Im Vorfeld dieser Wahlen hatten die USA 10 Mio. US-\$ ausgegeben, um für ihren Favoriten Karsai Stimmen zu kaufen. Anfang Januar 2004 wurde auf einer weiteren Loya Djirga eine Verfassung verabschiedet und Afghanistan zur Islamischen Republik proklamiert. 2004 wurden dann Präsidentschaftswahlen und 2005 Parlamentswahlen abgehalten, wobei Drohung, Gewalt, Mord und Stimmenkauf die Regel waren. Die New York Times nannte die Art und Weise, wie die Wahlen zustande kamen „eine plumpe amerikanische Aktion.“<sup>5</sup>

### Neutralität einbebußt

Bei all diesen Aktionen war die internationale Gemeinschaft präsent: die Vereinten Nationen mit ihrem Beauftragten für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, die Europäische Union mit ihrem Repräsentanten, dem spanischen Diplomaten Francesc Vendrell, und die Vereinigten Staaten als Hauptakteur mit ihrem Botschafter Zalmay Khalilzad. Alle entscheidenden Beschlüsse wurden entweder im Büro Karsais oder in der US-Botschaft gefaßt. Sowohl UN- wie EU-Vertreter ließen sich von den USA instrumentalisieren und nickten die getroffenen Entscheidungen nur noch ab. Damit haben sie ihre Neutralität und Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Es war dann nur logisch, daß die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Istanbul am 28.6.2004 die Entmachtung bzw. Unterordnung der Schutztruppe "International Security Assi-

stance Force" (ISAF) unter NATO-Kommando beschloss. Das Land wurde nach einem Operationsplan des NATO-Hauptquartiers unter den Besatzern in vier etwa gleich große Sektoren aufgeteilt.<sup>6</sup> Dadurch sind faktisch die Aufsichtsfunktion der UNO, die Souveränität und Eigenstaatlichkeit Afghanistans aufgehoben worden. Diese Demütigung der Afghanen ist der Nährboden, auf dem der Widerstand wächst. So lange militärische Besetzung und Fremdbestimmung andauern, wird in Afghanistan keine

### Matin Baraki

*wurde 1947 in Afghanistan geboren, studierte in Kabul und arbeitete als Lehrer. 1974 ging er nach Deutschland und promovierte 1995 an der Universität Marburg. Er nahm danach als Politikwissenschaftler Lehraufträge an den Universitäten Marburg, Gießen, Kassel und Münster wahr. Baraki publiziert über den Mittleren Osten sowie Zentralasien in Büchern sowie Zeitschriften und Zeitungen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz.*

Ruhe, kein Wiederaufbau und keine zivile Lösung des Konfliktes möglich sein. Da USA und NATO beabsichtigen, für sehr lange Zeit im Lande zu bleiben, haben sie dafür entsprechende politische und militärische Voraussetzungen geschaffen. Noch vor den Parlamentswahlen hatte Karsai eine sog. „Nationale Konferenz“ einberufen, auf der 100 Personen aus seiner Entourage zusammen kamen. Sie bevollmächtigten ihn, mit den USA einen Vertrag zu schließen, auf dessen Grundlage die Militäreinheiten der Vereinigten Staaten auf unabsehbare Zeit in Afghanistan bleiben dürfen.

### Afghanistan als Protektorat

Hat Afghanistan eine souveräne und unabhängige Regierung? Das jetzige Kabuler Kabinett besteht zu über 50% aus „American Afghans“, den Rest stellen Euro-Afghanen und einige willfähige Warlords. Hinzu kommen noch die US-Berater, die ausnahmslos in allen Ämtern präsent sind und die Entscheidungskompetenz innehaben.

Der 11. September 2001 wurde zum Anlaß des Krieges gegen Afghanistan, obwohl letzterer schon lange vorher geplant war, denn bereits im Juni 2001 hatte die Bush-Administration ihren regionalen Verbündeten Pakistan darüber informiert, wie der ehemalige Außenminister Pakistans Naiz Naik bestätigte.<sup>7</sup> Ende September 2006 brüstete sich auch der ehemalige US-Präsident Bill Clinton damit, einen solchen Krieg gegen Afghanistan geplant zu haben.<sup>8</sup> Unter dem formalen Dach der UNO wurde das Land zu einem Protektorat der internationalen Gemeinschaft degradiert.

### Liberaler Imperialismus

Seit Beginn der neunziger Jahre wird die „Treuhandschaft“<sup>9</sup> und das „liberale Protektorat“, das auch als „liberaler Imperialismus“ bezeichnet wird, als eine Chance zu „nation building“ und zur Demokratisierung von außen propagiert. Die „failing states“ sollen für geraume Zeit unter internationale Verwaltung gestellt werden, und es wird einem „neuen Interventionismus“ der westlichen Mächte mit „robustem“ militärischem Mandat das Wort geredet.<sup>10</sup> In Afghanistan wurde diese „Theorie“ umgesetzt. Da die internationale Gemeinschaft zum größten Teil aus NATO-Ländern unter US-Führung besteht, ist sie selber voreingenommen und



Quelle: commons.wikimedia.org, Rei-artur + Vardion

Partei. Sie kann die Probleme des Landes nicht lösen - im Gegenteil, sie ist Teil des Problems geworden. Da die UNO zur Schaffung der Protektorate wesentlich mit beigetragen und sich damit diskreditiert hat, kann sie keine angemessene und glaubwürdige Führungsfunktion mehr übernehmen.

Weil Protektorate faktisch Kolonien sind, können im günstigsten Fall Probleme nur verschoben, im ungünstigsten Fall verschlimmert werden. Zu einer Lösung kommt es, wie an Afghanistan ersichtlich, nicht.

### **Zerstörung der lokalen Wirtschaft**

Gerade durch den Status als Protektorat ist die Wirtschaft Afghanistan zerstört worden. Wie der Kabuler Wirtschaftsminister Mohammad Amin Farhang hervorhob, bestehen 99% aller Waren auf dem afghanischen Markt aus Importen. Der einheimischen Wirtschaft wird jegliche Chance genommen, sich zu entwickeln. Da die Heroinbarone im Staatsapparat integriert sind, nutzen sie den „Wirtschaftsboom“ zur Geldwäsche. Sie investieren nur im Luxussegment, wie Hotels, Häuser und Lebensmittel für den Bedarf zahlungskräftiger Ausländer. Ein Wiederaufbau für breite Schichten der Bevölkerung findet kaum statt. Die Arbeitslosigkeit beträgt ca. 70%<sup>11</sup> mancherorts, vor allem im Osten und Süden sogar 90%. Dort sympathisieren bereits 80% der Menschen mit den Taliban.<sup>12</sup> Den Afghanen wurden blühende Landschaften versprochen; nun müssen wir seit fünf Jahren erleben, dass der Westen „eine Menge Lügen erzählt und falsche Versprechungen macht“,<sup>13</sup> so äußerten sich Dorfbewohner im Süden des Landes. „Die Tali-

*ISAF, OEF und Tornados werden von der afghanischen Bevölkerung immer stärker als Einheit gesehen. Eine Aufspaltung in „gute? ISAF-Soldaten und „schlechte“ OEF-Soldaten geht an der Realität vorbei. ... Während bei ISAF und Tornados zumindest noch völkerrechtliche Rahmen zu erkennen sind, handeln OEF-Soldaten auf völkerrechtlich mehr als unsicherem Gelände. Da aber ISAF und OEF zum Teil gemeinsame Kommandostrukturen haben, bewegen sich deutsche Soldaten in Afghanistan schon jetzt am Rande des Völkerrechtsbruchs.*

(aus: Clemens Ronnefeldt, Internat. Versöhnungsbund, 7 Gründe gegen die Verlängerung des Bundeswehr-Afghanistan-Einsatzes, 21.9.07)

ban haben die Kontrolle über die südliche Hälfte Afghanistan wiedererlangt“<sup>14</sup>, konstatierte „Senlis Council“, ein internationaler Think Tank. Das von den UN in Millionenhöhe unterstützte Rückkehrprogramm für afghanische Flüchtlinge muss deswegen scheitern, weil sie weder Arbeit noch Unterkunft finden.

### **Verschärfung der Sicherheitslage**

Die im Rahmen der Demobilisierung 50.000 freigesetzten Kämpfer der Warlords mehren nicht nur zusätzlich das Heer der Arbeitslosen, sondern sind zu einem Faktor von Destabilität, Kriminalität und Unruhe geworden. Da sie keine bezahlte Beschäftigung finden können, gehen sie entweder zurück zu ihrem Warlord oder schließen sich den Taliban bzw. Al Qaeda an. Die Sicherheitslage ist so schlecht wie seit dem Sturz des Taliban-Regimes nicht mehr. Ende Mai 2006 konnten die Taliban sogar gut ausgerüstete Polizei-Einheiten in die Flucht schlagen.<sup>15</sup> Attentate und Angriffe nehmen zu. Bis Juni 2006 wurden schon so viele Anschläge verübt, wie im Jahr 2005 insgesamt. Allein seit Mitte Mai 2006 kamen mehr als 600 Menschen ums Leben.<sup>16</sup> Andere Quellen berichten von 1.100 bzw. 1.300 Opfern.<sup>17</sup>

Der Bevölkerung geht es dabei immer schlechter. Selbst in Kabul funktionieren weder Wasser- noch Stromversorgung. Wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse kommt es in den heißen Sommermonaten wiederholt zu Cholera-Epidemien. Die Mietpreise in der Stadt sind unerschwinglich geworden selbst für die Menschen, die Arbeit haben. Eine weltweit einmalige Korruption führt zu weiteren Belastungen.

### **Alternativen waren möglich**

Zu den schon auf dem Petersberg falsch gestellten Weichen gab es eine Alternative, die jedoch nie diskutiert wurde. Der beste und einzig gangbare Weg zur Befriedung Afghanistans wäre die Bildung einer repräsentativen Regierung in Afghanistan gewesen und eben nicht irgendwo weit weg im Ausland. Unter strengster Kontrolle nicht der „internationalen Gemeinschaft“, sondern der Blockfreien Staaten, der Konferenz der Islamischen Staaten, der internationalen Gewerkschaften, von Friedens- und Frauenorganisationen hätten Wahlen für eine Loya Djirga durchgeführt und auf dieser repräsentativen Versammlung eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausar-

*Frieden ist nie das Ergebnis militärischer Auseinandersetzungen. Frieden basiert auf Vertrauen, und genau das haben die Menschen in Afghanistan in den letzten Jahren verloren. Kinder, die den Schutztruppen anfangs noch zugewinkt haben, schmeißen heute Steine. Niemand hatte den Taliban bei ihrer Vertreibung nachgeweiht, doch sind es die enttäuschten Hoffnungen und die vielen zivilen Kriegsoffer, die den Unterdrückern von damals heute wieder in die Hände spielen.*

*Wenn Afghanistan mehr als ein nur billig zu sichernder Pufferstaat werden soll, dann gilt es vor allem, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Mit dem Beharren auf einem Militäreinsatz, der offenkundig gescheitert ist, wird das nicht gelingen. Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass die Idee des "guten Krieges" ein blutiger Irrtum ist.*

Thomas Gebauer, medico international  
Rundschreiben 6/2007

beitung einer Verfassung sowie von Parteien- und Wahlgesetzen gewählt werden müssen. Ich bin davon überzeugt, dass ein solches Verfahren ganz andere Ergebnisse gehabt hätte als die heutigen vom Petersberg. Eine Regierung, vom Volk gewählt, hätte auch in Kabul kaum etwas zu befürchten. Im schlimmsten Fall hätte man, wenn für kurze Zeit Militärschutz benötigt worden wäre, ihn von den Staaten in Anspruch nehmen können, denen das Land nahe steht, wie den Blockfreien und den islamischen Staaten. Afghanistan gehört bekanntlich zu den Gründungsmitgliedern der blockfreien Staaten.<sup>18</sup> Damit wäre auch den Islamisten der Wind aus den Segeln genommen worden, denn Afghanistan wäre dann nicht von „ungläubigen Christen“ und dem „großen Satan“ besetzt. Diese Alternative war jedoch von Anfang an unerwünscht. Selbst heute ist es noch nicht zu spät, diesen Weg einzuschlagen und die Petersberger Fehler zu korrigieren. Aber wer könnte diese Forderungen schon durchsetzen, selbst wenn es in Afghanistan am nationalen Interesse orientierte patriotische Kräfte gäbe?

### **Priorität: Krieg gegen den Hunger**

Ein nachhaltiger Wiederaufbau, der ein „Krieg gegen den Hunger“ wäre, wie es „Senlis Council“ formuliert, einer, der allen Afghanen zugute kommt, muss die erste Priorität sein. Die Milliarden Dollars, auf diversen internationalen Geberkonferenzen dem Land

versprochen und auf einem Sonderkonto bei der Weltbank geparkt, fließen über die 2500 in Kabul stationierten und mit allen Vollmachten ausgestatteten „Non Governmental Organizations“ (NGO), die „oft gegeneinander statt miteinander“<sup>19</sup> arbeiten, in die Geberländer zurück. Die NGO's fungieren faktisch als Ersatzregierung und zerstören die afghanische Wirtschaft noch weiter. Einheimische Unternehmen erhalten von ihnen kaum Aufträge. Der naive und energische Franco-Afghane Ramazan Bachardoust wurde auf Wunsch der Pariser Regierung nach Kabul delegiert und von Karsai zum Planungsminister ernannt. Als er die Mächtigkeiten der NGOs, die er „als die neue Al Qaida in Afghanistan bezeichnet“<sup>20</sup>, aufdecken wollte, wurde er von Karsai entlassen.<sup>21</sup>

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkoppelung von kolonialähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der Hinwendung zu einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den industriell

entwickelten Nachbarn Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation.

Als NATO-Protektorat hat Afghanistan weder politische noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche Zukunft. Außerdem: die von der NATO favorisierte „militärische Lösung“ kann es nicht geben. Selbst wenn es sie gäbe, wäre sie ein gigantischer „Ressourcenschlucker“ und stünde in einem eklatanten Missverhältnis zu einer politischen Lösung. Seit 2002 wurden in Afghanistan 82,5 Mrd. \$ für den Krieg ausgegeben, jedoch nur 7,3 Mrd. für den Wiederaufbau. „Damit übersteigen die Militärausgaben die Hilfsmittel um 900 Prozent.“<sup>22</sup> Es ist längst überfällig, dass der Westen seine Strategie überdenkt, um Afghanistan vor der Spirale der unkontrollierten Gewalt zu bewahren.

Als NATO-Protektorat hat Afghanistan weder politische noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche Zukunft.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Les Révelations d'un Ancien Conseiller de Carter, „Oui, la CIA est entrée en Afghanistan avant les Russes...“, in: Le Nouvel Observateur, 15-21.1.1998, S. 76.

<sup>2</sup> Baraki, Matin: Afghanistan nach „Petersberg“: in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Jg. 47, 2002, H. 2, S. 147-150.

<sup>3</sup> Vgl. Karsai fordert Einigkeit und Opferbereitschaft, in: Frankfurter Rundschau, 14.6.2002, S. 2.

<sup>4</sup> Vgl. Pohly, Michael: Am Anfang war der Wahlbetrug, in: Bedrohte Völker-Pogrom, Göttingen, Nr. 218 (2/2003), S. 8 [http://www.gfbv.de/dokus/dossiers/afghanistan/pohly\\_pog218.htm](http://www.gfbv.de/dokus/dossiers/afghanistan/pohly_pog218.htm).

<sup>5</sup> Zitiert nach: Paasch, Rolf: Stunde der Strippenzieher, in: FR, 19.6.2002, S. 3.

<sup>6</sup> Vgl. Nato hofft auf baldige Ausweitung von Isaf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.10.2004, S. 7.

<sup>7</sup> Vgl. Hahn, Dorothea: Vergebliche Suche nach der „goldenen Brücke“, in: TAZ, 3./4.11.2001.

<sup>8</sup> Vgl. Leyendecker, Hans: „Ich habe es versucht“, in: Süddeutsche Zeitung, 25.9.2006, S. 2.

<sup>9</sup> Ulrich Menzel von der Universität Braunschweig ist ein maßgeblicher Vertreter dieser „Theorie“.

<sup>10</sup> Diese „Theorie“ wird von Prof. Menzel und Prof. Franz Nuscheler von der Universität Duisburg favorisiert.

<sup>11</sup> Lüders, Michael: Nur die Milliarden aus dem Ausland halten Karsai an der Macht, in: FR, 24.4.2006, S. 6.

<sup>12</sup> Vgl. Möllhoff, Christine: „Westen hat in Afghanistan versagt“, in: FR, 14.9.2006, S. 6.

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Vgl. Spiegel online, 31.5.2006.

<sup>16</sup> Vgl. Petersen, Britta u.a.: Bundeswehr will präventiv zuschlagen, in: Financial Times Deutschland, 12.7.2006, S. 15.

<sup>17</sup> Vgl. Spiegel online, 28.6.2006; Deutschlandfunk, 10.7.2006.

<sup>18</sup> Weiter Gründungsmitglieder der Blockfreien Staaten waren Ägypten, Indien, Indonesien und die Bundesrepublik Jugoslawien.

<sup>19</sup> Fischer, Karen: Afghanistan kommt nicht zur Ruhe, in: Hintergrund Politik, Deutschlandfunk, 26.6.2006, 18:40 Uhr.

<sup>20</sup> Busse, Nikolas: Böse Blicke, in: FAZ, 4.6.2005, S. 3.

<sup>21</sup> Vgl. Koelbl, Susanne: Versickernde Milliarden, in: Der Spiegel, Nr. 13, 26.3.2005, S. 117.

<sup>22</sup> Möllhoff, Christine: „Westen hat in Afghanistan versagt“, a.a.O.

## Impressum:

### Netz-Telegramm Oktober 2007

Informationen des Ökumenischen Netzes Rheinland-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes, Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied, Tel. (0 26 31) 35 41 40 · Fax (0180 50) 60 33 59 93 76 e-mail: [info@oekumenisches-netz.de](mailto:info@oekumenisches-netz.de)

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz, Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des ABP, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 Oktober 2007

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

## Rahmendaten zur Wirtschaftspartnerschaft

**1989** Gemeinsame Erklärung über die „Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit“

**1994** Kooperationsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Unternehmensberatung Far Eastern Limited / Ludwigshafen, die letztere zur Kontaktstelle Rheinland-Pfalz' in Fujian qualifiziert:

**1999** Vereinbarung zur Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Provinz Fujian und dem Land Rheinland-Pfalz

**2002** Gründung eines Wirtschaftskomitees zur Stärkung der Handels- und Wirtschaftskooperation Fujian – RLP

## Partner der Kooperation:

Regierungsabteilung für Handels- und Wirtschaftskooperationen der Provinz Fujian; Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, Weinbau RLP, unterstützt durch die Firma Far Eastern Limited / Ludwigshafen



### All die Textilschnäppchen – nur recht und billig?

Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien

Aktionsvorschläge für VerbraucherInnen und GewerkschafterInnen

## Südwind-Veranstaltung:

Info-Vorträge zu Aldis Textilschnäppchen und den menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien.

Bei Interesse (für den Zeitraum Oktober 2007 bis Januar 2008) Mail an [kloos@suedwindinstitut.de](mailto:kloos@suedwindinstitut.de) (Tel.: 02241 53671)

# Wirtschaftspartnerschaft Fujian – Rheinland-Pfalz

## AK Fujian sucht noch MitarbeiterInnen

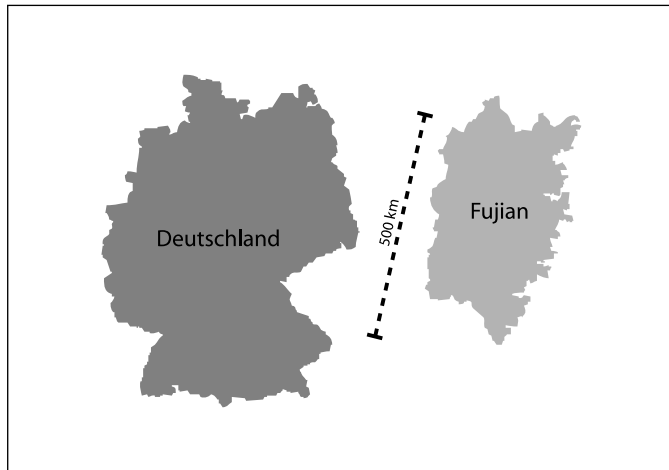
*Wussten Sie, dass Rheinland-Pfalz bereits seit 18 Jahren eine Wirtschaftspartnerschaft mit der chinesischen Provinz Fujian pflegt? Und dass diese Wirtschaftspartnerschaft im Jahr 1997 um den Aspekt „Umwelt“ erweitert wurde?*

*Wussten Sie, dass eine private Unternehmensberatung, die Far Eastern Limited mit Sitz in Ludwigshafen, seit 1994 die offizielle Kontaktstelle des Landes Rheinland-Pfalz in Fujian ist, genauer in Xiamen, einer der ältesten Sonderwirtschaftszonen Chinas?*

*Wussten Sie, dass unter den 290 TOP-Exportkategorien Fujians Schuhe und Bekleidung die wichtigsten Plätze einnehmen, dass Fujian aber auch Spielzeug, Computer, Steine (Granit, Grabmale etc.) produziert und exportiert?*

*Wussten Sie, dass z.B. ALDI Süd, für dessen chinesische Zulieferer das Institut Südwind eklatante Arbeitsrechtsverletzungen nachwies, acht direkte Zulieferfirmen in Fujian hat?*

*Wussten Sie, dass vor drei Jahren mehrere Arbeiteraktivisten aus Fujian wegen des Ver-*



*suchs zur Gründung einer freien Gewerkschaft zu 6,8 und 16 Jahren Gefängnishaft verurteilt wurden?*

*Wussten Sie, dass im Rahmen der zahlreichen Partnerschaftsaktivitäten anscheinend noch nie die Sprache auf Arbeits- und Sozialstandards gebracht wurde?*

*Das wollen wir ändern. Denn eine Wirtschaftspartnerschaft, die den zunehmenden Druck auf die Menschen in Fujian und in*

Rheinland-Pfalz ignoriert, der durch Armut trotz Arbeit, Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst entsteht, ist keine wirkliche Partnerschaft.

Wir – das sind mehrere Organisationen, die seit vielen Jahren die Kampagne für Saubere Kleidung unterstützen. Zu ihnen gehören

neben dem Ökumenischen Netz das Amt für Jugendarbeit in Koblenz, die Kath. Studierende Jugend, die Kath. Arbeitnehmerbewegung im Bistum Trier und Mitglieder des Sozialforums Koblenz. Wir möchten gemeinsam mit dem Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk und allen potenziell Interessierten in Rheinland-Pfalz (Gewerkschaften, Weltläden, Unterneh-

men (?), ...) Sozialstandards zum Thema dieser Partnerschaft machen.

Dazu haben wir einen Arbeitskreis gegründet, der zur Zeit dabei ist, Informationen zu sammeln und einen Kampagnenfahrplan aufzustellen.

Wer **Interesse an Mitarbeit** hat bzw. mehr Informationen wünscht, melde sich bitte im Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40, Mail: [info@oekumenisches-netz.de](mailto:info@oekumenisches-netz.de)

## „Wir sind Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit..“

Mit kämpferischen Tönen war Sandra Ramos, Sprecherin der nicaraguanischen Frauenbewegung für Arbeiterinnen und Arbeitslose „Maria Elena Cuadra“, zu Gast in Koblenz. In Gesprächen mit dem Katholikenrat der Diözese Trier sowie im Sozialforum Koblenz erläuterte sie die Arbeit ihrer Organisation.

Seit 14 Jahren setzt sich Sandra Ramos mit ihrer Frauenorganisation für die Rechte der Arbeiterinnen in den Weltmarktfabriken Nicaraguas ein: „10-16 Stunden Arbeit jeden Tag an den Nähmaschinen, extremer Lärm, staubige Luft, verschlossene Fabriktoore, die sich erst nach Fertigstellung der letzten Bluse, des letzten Hemdes öffnen, sei dies nach 10, 11 oder gar 16 Arbeitsstunden, verschlossene Toilettentüren, damit die Arbeiterinnen nicht zu oft ihren Arbeitsplatz verlassen, verbale, psychische und physische Gewalt – so

sah der Alltag vor 14 Jahren aus. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, das zu ändern.“, so beschrieb Sandra Ramos im Sozialforum am Dienstagabend die Situation der Arbeiterinnen.

Und wie sieht die Situation heute – 14 Jahre später aus? Sandra Ramos antwortet auf die Frage aus dem Publikum: „Physische Gewalt ist heute seltener, die Arbeiterinnen können in der Regel zur Toilette gehen, wenn sie es wünschen. Aber die Löhne sind immer noch so schlecht, dass kaum eine Arbeiterin in der Bekleidungsindustrie über die Runden kommt. 50 Euro Monatsverdienst sind in der Branche die Regel, für eine Grundversorgung wäre aber das Doppelte nötig.“

*Sandra Ramos während einer Veranstaltung in Münster.  
Foto: CIR*



Dass die Löhne nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten, führt Sandra Ramos auf zwei Ursachen zurück: Die großen Markenunternehmen wie Nike, Reebok (heute Adidas), Wal Mart u.a. üben großen Druck auf die Zulieferer in Nicaragua aus: Wer nicht zum erwünscht niedrigen Preis liefern kann, erhält keinen Auftrag. Die Zulieferer kalkulieren deshalb immer knapper – auf dem Rücken der ArbeiterInnen. Sandra Ramos fordert deshalb Druck auf die großen Bekleidungs- und Sportartikelunternehmen in ihren Herkunftsländern und nannte die Arbeit der Kampagne für Saubere Kleidung, die diesen Druck zu entfalten sucht, „vorbildlich“.

Die zweite wichtige Ursache für die wachsende Armut der nicaraguanischen ArbeiterInnen erkennt Sandra Ramos in der internationalen Politik: „Weltbank und internationaler Währungsfonds zwingen unsere Länder, Subventionen für Nahrung, Gesundheit und Bildung abzubauen. Sie zwingen uns zur Liberalisierung. Um in der globalen Konkurrenz mithalten zu können, können keine Löhne erhöht und keine Arbeitszeiten reduziert werden.“

Im Hintergrund dieser Politik, „wie ein Phantom“ – so Sandra Ramos, stehen die G8, die sich im Sommer 2007 in Heiligendamm trafen: „Wir sind Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, dafür, dass alle zu essen haben. Wenn das bedeutet, gegen die G8 zu sein, dann sind wir gegen die G8.“

S. Ferenschild

„Heiligendamm 2007“  
Foto: D. Dennert-Conradt



# Eine neue Qualität der Proteste

## ...aber auch eine neue Qualität staatlicher Repression

*Zehntausende GlobalisierungskritikerInnen reisten Anfang Juni nach Rostock und Heiligendamm, um anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm gegen die Politik der G8-Staaten zu protestieren. Maria Böttcher von pax christi hat an den vielfältigen Protesten gegen das „globale System der Ungerechtigkeit“ teilgenommen und ihre Eindrücke hier zusammengefasst.*

Schon durch die Hausdurchsuchungen vor dem G8-Gipfel waren die Anti-G8-Proteste in den Verdacht des Terrorismus gerückt worden. Die gesamte Sicherheitsdiskussion war politisch bestimmt vom Versuch, DemonstrantInnen zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

### Guantanamo lässt grüßen

So lieferten denn auch die Auseinandersetzungen am Rande der Auftakt-Demo in Rostock am 2. Juni die gewünschten „Randale“-Bilder. Von Polizei und Medien wurden falsche Zahlen von Hunderten verletzter PolizistInnen verbreitet (von denen schließlich nicht einmal eine Handvoll stationär behandelt werden musste). Schon entbrannte die Debatte über die gewalttätigen und randalierenden DemonstrantInnen erneut. Alles war so gekommen, wie Schäuble und Co. es prophezeit hatten. Das gewalttätige und repressive Vorgehen der Polizei musste nicht mehr diskutiert werden: Weder gewaltsame Attacken auf Demonstrationen noch der Wasserwerfereinsatz mit Tränengas in Kopfhöhe auf unbewaffnete und friedliche Menschen, noch willkürliche Festnahmen müssen zur Kenntnis genommen werden.

Wer festgenommen wurde, gelangte in einen rechtsfreien Raum: DemonstrantInnen wurden tagelang in Käfigen aus Stahldraht interniert; teilweise wurden bis zu 20 Personen auf 25qm zusammengepfercht; zum Teil wurde den Gefangenen regelmäßiges Essen, Trinken und Toilettengang verwehrt; die Käfige waren Tag und Nacht grell erleuchtet und von Kameras überwacht – Guantanamo lässt grüßen. AnwältInnen wurden am Zugang zu ihren MandantInnen gehindert. "Personen und Gruppen, die gegen die organisierte Entmenschlichung von Menschen aufstehen ..., werden als Feinde des Systems mit polizeilichen Mitteln der Gewalt bekämpft", urteilte Elisabeth Wöckel, ehemalige Mitarbeite-

rin des brasilianischen Bischofs und Befreiungstheologen Dom Helder Camara. Wer als SystemgegnerIn verdächtigt wird, kann sich also nicht einmal mehr auf Grundrechte berufen.

Der Staat - Grundgesetz hin oder her – schreckte auch nicht davor zurück, mit militärischen Mitteln polizeiliche Aufklärung zu betreiben: Die eingesetzten Tornados und Spähpanzer dokumentieren, dass im „Anti-Terror-Kampf“ auch die Verfassung ihre Gültigkeit verliert, die die Trennung von Bundeswehr und Polizei vorsieht und den Bundeswehreininsatz im Innern verbietet.

### Alternativgipfel oder Massenblockaden?

Eine Facette der Proteste war der Alternativgipfel in Rostock vom 5.-7. Juni. Dieser widmete sich allerdings so sehr dem Feld der Realpolitik, dass selbst die Grünen glaubten, hier nach Angriffskriegen und Pseudo-Atomausstieg ihre Wiederauferstehung als Friedens-, Öko- und Menschenrechts-Partei feiern zu können. Besonders schade war die Tatsache, dass der Alternativgipfel zeitgleich und damit alternativ zu den Massenblockaden rund um Heiligendamm stattfand, die das eindrucklichste Zeichen der Proteste setzten: Trotz Kriminalisierung und Repression blockierten Tausende Menschen tagelang die Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm. Sie stellten sich quer und sagten Nein zu einer Politik, die Spaltung und Ausgrenzung schafft und verewigt. Es gelang mit einem breiten Bündnis linker Gruppen über Friedensbewegung bis hin zu Gewerkschaften eine gute, inhaltlich klare Aktion auf die Beine zu stellen. Die Blockaden waren sehr gut - kommunikativ und basisdemokratisch organisiert. Obwohl es sich um eine dezidiert gewaltfreie Aktionsform handelte, war der Einsatz der Polizei auch hier von Eskalation und Gewalttätigkeit gekennzeichnet.

### Kriminalisierung von Protest und Kritik

Insgesamt zeigen die Ereignisse rund um den G8-Gipfel – Kriminalisierung der Proteste, Repression und Aushebelung von Grundrechten - gegen wen die mit dem Hinweis auf islamistische Terrorgefahr durchgesetzten verschärften Sicherheitsgesetze auch

angewendet werden: Gegen Menschen, die sich mit den zunehmenden Spaltungsprozessen nicht abfinden wollen, die die Legitimität eines Systems in Frage stellen, das sich immer eindeutiger in den Dienst der Vermehrung des Reichtums weniger stellt und mit militärischer und polizeistaatlicher Gewalt ‚verteidigt‘. Kriminalisiert werden dann letztlich alle, die ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen fordern. In Heiligendamm zeigte sich erneut, dass Oscar Romero, der 1980 erschossene Erzbischof San Salvadors, recht hatte, als er sagte: „Das ganze System muss sich ändern, denn es kann nur noch mit Gewalt und Geld aufrecht erhalten werden.“

### Strukturelle Gewalt in den Blick nehmen

Wer ernsthaft über das Gewaltproblem diskutieren möchte, anstatt politisch Stimmung gegen DemonstrantInnen zu machen, die alle potenzielle SteinewerferInnen sein sollen, muss die strukturelle Gewalt in den Blick nehmen, die Menschen ihre Lebensmöglichkeiten nimmt. Immer mehr Menschen werden vom Zugang zu lebenswichtigen Gütern (Nahrung, Gesundheitsversorgung...) ausgeschlossen. Nur wer für die Verwertung des Kapitals nützlich ist, hat ein Recht auf Leben. Im Zaun um Heiligendamm wurde sichtbar, was Kapitalismus ist: Ausgrenzung und Repression, eine Verwaltung der Krise, die immer mehr Opfer fordert, und einen immer größeren Einsatz von Gewalt erforderlich macht. Die weltweite Spaltung in Arm und Reich, Nützliche und Überflüssige manifestiert sich global, wenn ganze Länder und Kontinente abgehängt werden. Hierzulande zeigt sie sich einerseits in milliardenschweren Steuergeschenken an Unternehmen und Vermögende und andererseits in zunehmendem Sozialabbau, der ganze Bevölkerungsteile als Überflüssige ausgrenzt.

All das zeigt im Sinne des Papiers „Das Ganze verändern“: Wenn es im Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.

*Maria Böttcher studiert Theologie in Trier und ist Mitglied bei Pax Christi Trier.*

## Nachrichten aus der Region

### Abschiebung und Bruch des Koblenzer Kirchenasyls

#### Pax Christi bereitet ein Schwarzbuch vor.

Etwa ein Jahr ist es her, seit das Koblenzer Kirchenasyl gebrochen und die Familie Yildirim abgeschoben wurde. Die Koblenzer Pax Christi Gruppe hat sich daran gemacht, das damalige Geschehen auf zu arbeiten. Dabei geht es um Erfahrungen, die Menschen machen mussten zwischen Hoffen und Bangen, zwischen Ohnmacht und Solidarität. Offen gelegt wird aber auch die Rolle der politisch Verantwortlichen in Stadt und Land, vom Koblenzer Oberbürgermeister über Innenminister Bruch bis hin zu Ministerpräsident Beck.

Die Spuren führen von Koblenz in die Türkei und damit zur Frage nach Fluchtursachen. Was hat der Bau des Ilisu-Staudamms mit

der Verfolgung der Kurden zu tun und wie ist das Abschiebeland Deutschland darin verstrickt? Die Spur führt uns sogar zurück nach Koblenz und mitten hinein in die Koblenzer Stadtpolitik.

Die Fragen reichen aber noch weiter. Sie zielen auf die Rolle des Rechtsstaats. Wie sollen Menschen handeln, wenn durch die Gesetzgebung Recht und Humanität immer weiter auseinander gerissen werden, so dass bedrohte Menschen schutzlos sind? Was ist, wenn im Namen des Rechts Unrecht durchgesetzt wird? Und nicht zuletzt wird die Auseinandersetzung mit einer Globalisierung gesucht, die durch die Zerstörung von Lebensgrundlagen Fluchtursachen schafft und Flüchtlinge durch Abschottung und Abschiebung bekämpft...

*Das Buch wird in den nächsten Monaten erscheinen und kann zu einem Preis von ca. 10 Euro auch über das Ökumenische Netz bezogen werden.*

### Großpuppen in Trier



Das „Anti G8-Bündnis Trier“ demonstrierte im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm in der Trierer Innenstadt. Mit Großpuppen wurden zwischen Kornmarkt und Porta Nigra mehrere Szenen gespielt, die zeigten, wie die Industriestaaten ihre Profite auf Kosten armer Länder ausbauen und dies auch mit militärischen Mitteln absichern.

Zum Anti G8-Bündnis gehörte auch die Kath. Studierende Jugend, die Mitglied im Ökumenischen Netz ist.



## Oktober

13.10.07, Andernach

### Regionaltreffen der Weltläden der Region Koblenz

Info: Martin Klupsch,  
info@weltladen-bonn.de

18.-21.10.07, Cottbus

### 2. Sozialforum in Deutschland für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

Infos und Anmeldung:  
www.sozialforum2007.de

23.10.07, 18h, Kirchsaal der Neuwieder Brüdergemeinde, Friedrichstr. 30

### 50 Jahre EIRENE. Abschlussfeier mit Ökumenischem Gottesdienst und Empfang

Infos: www.eirene.org

26.-28.10.07, Gustav-Stresemann-Institut Bonn

### Zwischen politischer Gestaltung der Globalisierung und Kritik am Imperium.

Welchen Beitrag leistet die Ökumene zur Schaffung einer „anderen Welt“? Jahrestagung des Ökumenischen Netzes in Deutschland in Zusammenarbeit mit Organisationen und Netzwerken im Rheinland

Infos: Netzbüro Neuwied

30.10.07, 19.30h, Christuskirche Koblenz

### Sozialforum Koblenz: USA - Stimmen gegen den Krieg

mit Aimee Allison, Friedensaktivistin und Kriegsdienstverweigerin während des II. Golfkrieges 1991. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe von Connection e.V.

Veranstalter: Sozialforum Koblenz, Pax Christi, KHG Koblenz, Ökumenisches Netz

## November

6.11.-1.12.07, Dietrich Bonhoeffer Haus / Bad Kreuznach

### „Innenansichten“

Bilder aus der Abschiebehaft in Ingelheim/Rheinland-Pfalz. Denkanstöße zum Thema Festung Europa sowie Ausgrenzung von Flüchtlingen und Menschenrechtsverletzungen durch Abschiebehaft.

08.11.07, Bad Kreuznach

### Film: Die Frauen von Ravensbrück

Veranstalter: Netzwerk am Turm

9.-11.11.07, Predigerseminar Bad Kreuznach

### 40. Seminar für Flüchtlingsinitiativen in Rheinland-Süd

Infos und Anmeldung: Siggie Pick, Pfarramt für Ausländerarbeit

Mail: auslaenderpfarramt@nahe-glan.de

10.11.07, 20h, Dietrich Bonhoeffer Haus Bad Kreuznach

### „Aller Menschen Rechte“

Konzertlesung mit Rainer Engelmann und Klaus Brantzen.

Veranstalter: Netzwerk am Turm

Infos: thesing@onlinehome.de

13.11.2007, Bad Kreuznach

### Hart an der Grenze

Europas Grenzen - wie wird die Abwehr von Flüchtlingen organisiert und was ist der Preis?

Referent: Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl

Veranstalter: Netzwerk am Turm,  
www.netzwerk-am-turm.de

15.11.07, 14-18h, Ev. Kirchenkreis an Sieg und Rhein, Zeughausstr. 7, Siegburg

### Discounter und globale soziale Rechenschaftspflicht – Das Beispiel ALDI.

CCC-Aktionsplanungstreffen für MultiplikatorInnen

Infos und Anmeldung (bis 7.11.): Südwind, Lindenstr. 58, 53721 Siegburg

16./17.11.07, Erbacher Hof, Mainz

### Jahrestagung von ELAN zum Thema Sozialstandards

Infos und Anmeldung: ELAN-Büro Mainz,  
www.elan-rlp.de

21.11.07, 19h, Pauluskapelle/Bad Kreuznach

### Friedensgebet mit der Kellenbacher Musikwerkstatt

Irische Segenslieder  
Infos: Netzwerk am Turm,  
Mail: thesing@onlinehome.de

23.11.07, 20h, Ev. Gemeindezentrum der Johannis-Kirchengemeinde Bad Kreuznach

### Afghanistan – ein Lagebericht

Referentin: Dr. Najiba Behmanesh

Infos: Netzwerk am Turm,  
Mail: thesing@onlinehome.de

23.-25.1.07, Marienburg Bullay

### Diözesanversammlung der DPSP Trier

Infos: www.dpsg-trier.de

## Dezember

1.12.07, 9.30h-ca. 16h, Dietrich Bonhoeffer Haus Bad Kreuznach

### „Was wir fordern, ist eine Existenzberechtigung!“

Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in Deutschland. Netzversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar

Infos: Netzbüro Neuwied

